

Abschied und Dank an vier Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg

Der BSBD Baden-Württemberg wird künftig auf gleichermaßen kompetente wie hochgeschätzte Gesprächspartner aus dem Landtag von Baden-Württemberg verzichten müssen und diese ebenso schmerzlich vermissen. Gleich vier Landtagsabgeordnete aus den demokratischen Parteien werden nicht mehr bei den Landtagswahlen am 14. März 2021 kandidieren und sie werden so ihren Abschied aus diesem hohen politischen Gremium nehmen.

Die Kontakte und Gespräche mit dem BSBD sind Legion – und wir erinnern uns: nicht immer konnten die Themen einvernehmlich behandelt, die Probleme zufriedenstellend gelöst, die BSBD-Wünsche erfüllt werden. Aber alle Begegnungen waren geprägt von gegenseitigem Respekt und Achtsamkeit, von Fairness und hoher Sachkunde sowie – ganz wichtig – vom langmütigen Zuhören! Eine „Faust auf dem Tisch“ gab's nie – und wenn's mal passte – und das war nicht selten – kam auch der Humor nicht zu kurz.

In historischer Abfolge beginnen wir mit:

Professor Dr. Ulrich GOLL (FDP)



Nach Mitgliedschaften in Kommunal- und Regionalgremien war Herr Goll von 1988 bis 1992 Mitglied des Landtags und stellv. Vorsitzender der FDP/ DVP-Fraktion, sodann erneut MdL seit April 2006 bis jetzt im März 2021.

Besonders wichtig für den BSBD:

Prof. Dr. Goll war von 1996 bis 2002 und von 2004 bis 2011 Justizminister und Ausländerbeauftragter bzw. Integrationsbeauftragter der baden-württembergischen Landesregierung.

In all diesen Jahren gab es regelmäßig einmal pro anno die vom BSBD als sehr bedeutsam empfundenen und auch richtungsweisenden „**Ministergespräche**“, in denen reihum, stets sachlich und fair alle vollzgsrelevanten Probleme besprochen werden konnten, so auch die heftig umstrittene Teilprivatisierung einer JVA in Baden-Württemberg.

Justizminister Goll hat aber bereits im Jahr 2008 den BSBD bei einer solchen Zusammenkunft mit den Worten: „Die Leute in den Anstalten holen für uns direkt vor Ort tagtäglich die Kastanien aus dem Feuer!“ aufgefordert, ihm eine „**Wunschliste**“ vorzulegen. Dieser Aufforderung sind wir gerne gefolgt und Minister Goll hat in der Folgezeit viel dafür getan, Anerkennung, Wertschätzung – und auch Besoldung für alle Dienststränge kräftig anzukurbeln.

Professor Goll ist auch Gründungsvorsitzender von Projekt Chance e. V., das den **Jugendstrafvollzug in freien Formen u.a.** initiiert hat und diesen an zwei Orten im Lande erfolgreich trägt.

Karl ZIMMERMANN (CDU)



Für den BSBD ist der agile, stets mobile und omnipräsente Karl Zimmermann aus dem baden-württembergischen Landtag gar nicht wegzudenken – er wird uns fehlen!

Mitglied ist er dort seit 17. April 2001 bis heute – im März 2021. Von Anfang an übernahm er – als früherer Beamter des LKA – die Funktion des **Strafvollzugsbeauftragten** der CDU-Landtagsfraktion.

Mit dem BSBD hatte er unzählige Kontakte, er war immer ansprechbar und setzte sich sehr kraft- und wirkungsvoll ein, wobei er selbst bei schwierigsten Fragen seine Partner – und auch seine Kontrahenten – zum Lachen bringen konnte – phänomenal!

In steter Erinnerung wird bleiben, dass er über viele Jahre hinweg im Schulterschluss mit dem BSBD die Ziele: **Anhebung der „Gitterzulage“ und Wahloption für die „Freie Heilfürsorge“** unverdrossen, standhaft und hartnäckig ansteuerte und sich auch von den spöttischen Rufen seiner Landtagskollegen: „Mister Gitterzulage!“ nicht beirren, sondern eher anspornen ließ. Beide Ziele haben wir nun – ganz besonders dank Karl Zimmermann – nun erfolgreich überschritten und der BSBD hat ihm deshalb noch den Titel: „Mister Heilfürsorge“ verliehen.

Rainer STICKELBERGER (SPD)



Rainer Stickleberger war Verwaltungsrichter in Freiburg und Karlsruhe (1979 bis 1984), Erster Bürgermeister der Stadt Weil am Rhein (1984 bis 1992) und danach Rechtsanwalt in Lörrach.

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg ist er – wie MdL Zimmermann – seit 17. April 2001 bis heute und von 2011 bis 2016 war er Justizminister des Landes.

Auch mit ihm hatte der **BSBD** viele Verbindungen. Bei unserem ersten „Ministergespräch“ im Juli 2011 prägte Rainer Stickleberger den grundlegenden Satz: „**Der Justizvollzug ist eine staatliche Pflicht – und keine Kür!**“ – und er meinte damit, dass diese Pflicht nur dann erfolgreich zu erfüllen ist, wenn sie mit einer gut belastbaren Basis und hoheitlichen Rechten ausgestattet ist. Dieser Grundsatz führte im Juli 2012 zu dem Beschluss der Landesregierung, den teilprivatisierte Betrieb einer JVA nicht mehr fortzusetzen und ab Mai 2014 alle Vollzugsfelder wieder staatlich zu betreiben.

Gleichermaßen wurde im Juli 2015 die Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg wieder in staatliche Trägerschaft zurückgeführt.

Außerdem berief Justizminister Stickleberger im Dezember 2014 eine „Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“ ein, die ein knappes Jahr später sehr gute Ergebnisse mit pragmatischen Empfehlungen lieferte (*s. auch Beitrag a.a.O. in diesem Heft*).

Jürgen FILIUS (GRÜNE)



Der Jurist und Rechtsanwalt Jürgen Filius ist der jüngste unter den vier Abgeordneten, die sich aus dem Landtag – und damit auch von uns im BSBD – verabschieden.

Er war von 1997 bis 2009 Stadtrat in Ulm und 2009 Fraktionsvorsitzender. Von Juli 2009 bis September 2011 war er auch Vorsitzender des Kreisverbands von Bündnis 90/Die Grünen in Ulm.

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg ist er seit 13. April 2011. Seit dieser Zeit wurde er auch als Strafvollzugsbeauftragter seiner Fraktion berufen.

So wie der **BSBD** Herrn Filius kennengelernt hat, praktizierte er die vom grünen Regierungschef ausgegebene „**Politik des Gehörtwerdens**“ in sehr ausgeprägter Weise. Hierzu mögen auch die mehrfachen zufälligen und gemeinsamen Bahnfahrten mit dem Landesvorsitzenden des BSBD von Ulm nach Stuttgart beigetragen haben – der eine zum Landtag und der andere zum HPR Justiz.

Jürgen Filius erkannte die schwere und belastende Arbeit in den Anstalten an und setzte alles daran, die Lage für Gefangenen wie für Bedienstete nachhaltig zu verbessern. So war es nur selbstverständlich, dass er in **sämtliche Arbeitsgremien und Kommissionen zum Justizvollzug** berufen wurde, dort aktiv mitwirkte und diese z.T. auch leitete (*s.auch Artikel a.a.O. in diesem Heft*). Seine Position und sein Einfluss als Abgeordneter erlaubten es ihm auch, vollzugliche Anliegen entscheidend durchzusetzen.

Neben anderen Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg sagt der BSBD besonders diesen vier Parlamentariern für ihre jahrelange zugewandte und achtsame Begleitung der Strafvollzugsbediensteten ganz großen und herzlichen Dank!